

# 7 Deutschland in Europa und der Welt

## 7.1 Soziale Marktwirtschaft kennenlernen

Rolle des Staates in der Wirtschaft → S. 318–322 ↗ S. 117–118

### Arbeitsauftrag

- 1. Der Unterschied zwischen freier und sozialer Marktwirtschaft ergibt sich aus der jeweiligen Rolle des Staates im Wirtschaftsablauf einer Volkswirtschaft. In der **freien Marktwirtschaft** werden nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage die Produktion (was, wie, wie viel), Preise und Löhne, Import und Export geregelt. Der Staat mischt sich nicht ein. Die **soziale Marktwirtschaft** beruht auf dem Prinzip: „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“. Der Staat übernimmt die Aufgaben, die der Markt allein nicht leisten kann, z. B. die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung. Der Staat greift auch dann ein, wenn sich aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage Nachteile für Verbraucher (Wettbewerbspolitik), für wirtschaftlich schlechter gestellte Personen (Sozialpolitik), für Branchen und Regionen (Strukturpolitik), für die Umwelt (Umweltpolitik) ergeben. Wird die volkswirtschaftliche Entwicklung allein von Marktgesetzen bestimmt, können sich starke Wirtschaftsschwankungen ergeben. Auch hier versucht der Staat, regulierend einzugreifen.

2. Privatunternehmen arbeiten nach dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip, d. h. sie produzieren Güter und bieten Dienstleistungen an, um einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Auf einem Markt mit vielen untereinander konkurrierenden Unternehmen muss man sich gegenüber den Mitbewerbern beim Kunden durchsetzen. Im Einzelnen entscheiden darüber die folgenden Faktoren: Preis, Qualität, Lieferzeit, Liefertreue, Service, Flexibilität und Kulanz.

3. Folgen staatlicher Hilfen für ein in Schwierigkeiten befindliches Unternehmen:
- Arbeitsplätze werden gesichert.
  - In strukturschwachen Regionen bleibt die Wirtschaftskraft erhalten.
  - Staatliche Hilfen widersprechen dem marktwirtschaftlichen Prinzip, nach dem leistungsschwache Unternehmen aus dem Markt ausscheiden.
  - Unternehmen, die einseitig staatliche Unterstützung erhalten, haben einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz.
  - Staatliche Hilfen werden mit Steuergeldern finanziert. Das bedeutet: Verluste werden von der Gemeinschaft

getragen, Gewinne fließen den Eigentümern zu.

- Beispiele in der Vergangenheit haben gezeigt, dass staatliche Hilfen allein nicht ausreichen, um diese Unternehmen zu „retten“ (Beispiele: Bauunternehmen Holzmann, Quelle).

#### 4.

Staatliche Maßnahme	Soziale Auswirkungen	Wirtschaftliche Auswirkungen	Ökologische Auswirkungen
Bau eines Jugendzentrums	verbessertes Freizeitangebot für Jugendliche	Auftrag für die Bauwirtschaft	–
Förderung der Solarenergie	–	Aufträge für die Solarwirtschaft	Ausbau erneuerbarer Energieträger
steuerliche Entlastung für „Geringverdiener“	Verbesserung der Lebenssituation Anreiz zur Erwerbstätigkeit	höhere Nachfrage nach Konsumgütern	evtl. verändertes Kaufverhalten zu mehr ökologisch/nachhaltig hergestellten Produkten

5. Individuelle Lösungen. Die Positionen der Schüler orientieren sich daran, welche Funktionen sie dem Staat in den folgenden Aufgabenbereichen zuordnen. Beispiele wären:

- Einkommens- und Vermögenspolitik: Wie hoch darf die Besteuerung von Einkommen sein?
- Wettbewerbspolitik: In welchem Umfang sind Beschränkungen und Auflagen für Unternehmen zumutbar?
- Sozialpolitik: Ist der Staat oder der Einzelne für seine Lebensumstände verantwortlich?
- Umweltpolitik: In welchem Umfang soll der Staat Verbote, Beschränkungen oder finanzielle Anreize schaffen, damit mehr Umweltprodukte auf dem Markt bestehen?

**Übungsaufgaben**

1. ○ **Freie Marktwirtschaft:** Pläne Einzelner, Eigentumsrecht, Konsum- und Produktionsfreiheit, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Absatzrisiko, Gewinnmaximierung  
**Zentralverwaltungswirtschaft:** Planerfüllung

2. ● In der sozialen Marktwirtschaft soll das Prinzip der Freiheit mit einem sozialen Ausgleich verbunden sein. Diese Aufgabe übernimmt der Staat mit einer Reihe von Maßnahmen, z.B. in den Bereichen der Sozial- und Wettbewerbspolitik. Auch wenn der Staat dadurch die Entscheidungsspielräume der Wirtschaftssubjekte (Unternehmen und Haushalte) einschränkt und so den Wirtschaftsprozess (hier das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung oder die Bewältigung von wirtschaftlichen Problemen) beeinflusst, so wäre ein Verzicht staatlicher Einflussnahme mit dem Abbau der sozialen Absicherung verbunden.  
 Diskutiert werden kann: Wie viel staatlichen Eingriff verträgt eine funktionierende Marktwirtschaft?

3. ● **Individuelle Lösungen.** Die folgenden Argumente beeinflussen die Beurteilung:  
 Die soziale Absicherung gehört zu den Grundprinzipien des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Besteht zwischen den staatlichen Sozialleistungen und dem durch Erwerbstätigkeit zu erzielenden Einkommen kein wesentlicher Unterschied, wächst die Gefahr, dass die Leistungsbereitschaft einzelner Bevölkerungsgruppen sinkt, ein Arbeitsverhältnis einzugehen.  
 Mögliche Gegenmaßnahmen des Staates wären:

- steuerliche Vergünstigungen oder Anhebung des Mindestlohnes für „Geringverdiener“,
- Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen (Kontrolle und Strafen),
- Fördermaßnahmen zur Wiedereingliederung in das Berufsleben.

4. ● **Individuelle Lösungen.** Die Beurteilung wird beeinflusst von folgenden Argumenten:

**a) Privatisierung der Müllabfuhr**

Kontra:

Zu den öffentlichen Aufgaben einer Gemeinde gehört die Müllabfuhr. Diese kann nicht Privatunternehmen übergeben werden, die nach dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip arbeiten, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Sichere Arbeitsplätze für die Müllwerker bei der Stadtverwaltung würden evtl. in Arbeitsplätze für Aushilfskräfte bei privaten Müllentsorgern umgewandelt. Eine einmal aufgegebene betriebliche Tätigkeit ist schwer rückgängig zu machen (hohe Investitionskosten, verloren gegangenes Know-how).

Pro:

Der Staat soll nur die Aufgaben übernehmen, die die Privatwirtschaft nicht leisten kann. Dazu zählt die Müllbeseitigung nicht. Eine kostengerechte Entsorgung des Mülls würde das Bewusstsein der Bevölkerung für Müllvermeidung verstärken.

**b) Privater Bau von Autobahnen**

Kontra:

- Bürger zahlen bereits Steuern für die Nutzung des Autos (Mineralölsteuer, Kfz-Steuer).
- Von Arbeitnehmern wird eine hohe Mobilität erwartet, dies würde durch zusätzliche Kosten erschwert.
- Viele Autofahrer weichen auf Land- und Kreisstraßen aus, dadurch höhere Umweltbelastungen in Städten.
- Deutschland ist ein Transitland, d.h. es müsste eine Lösung im europäischen Raum gefunden werden.

Pro:

- Entlastung des staatlichen Haushalts,
  - Autobahnen würden von denjenigen finanziert, die sie auch benutzen wollen, siehe z.B. Autobahnen in Frankreich.
  - Autobahnen würden dort entstehen, wo Bedarf besteht.

5. ● **a) Erklärung für die gestiegenen Staatsschulden:**

- hohe Arbeitslosigkeit/geringes Wirtschaftswachstum in den letzten Jahrzehnten, dadurch: geringere Steuereinnahmen und Beitragseinnahmen der Sozialversicherungsträger bei gleichzeitig höheren Ausgaben bei den Sozialversicherungsleistungen (z.B. Arbeitslosengeld)
- hohe Rentenausgaben aufgrund des demografischen Faktors
- kostspielige Wahlversprechen der Politiker
- Bankenrettung mit Steuergeldern

*Hinweis:* 2020/2021 sind die Staatsschulden durch hohe staatliche Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie stark gestiegen.

**b) Probleme bei hoher Staatsverschuldung:**

- hohe Steuerlast für Unternehmen und Verbraucher zur Finanzierung der hohen Zinszahlungen und Tilgungen
- Eingrenzung des staatlichen Handlungsspielraums
- weniger staatliche Mittel für Strukturmaßnahmen, z.B. geringere Förderung innovativer Technologien, langsamerer Ausbau des Verkehrssystems, Kürzung der Ausgaben im Bildungsbereich

6. ● **Individuelle Lösungen.**

**Pro:** Hohe Zigarettenpreise halten vor allem Jugendliche vom Rauchen ab, dies ist ein wichtiger gesundheitspolitischer Aspekt. Die Folgekosten des Rauchens (hohe Kosten im Gesundheitswesen) trägt der Staat bzw. die Gesellschaft. Von daher ist es richtig, dass er dem vorbeugend entgegenwirkt.

**Kontra:** Es sollte in der Verantwortung des Einzelnen liegen, wie gesund man leben möchte. Der Staat muss nicht massiv in die Lebensgewohnheiten der Bürger eingreifen. Wenn der Gesundheitsaspekt im Vordergrund steht, müssten andere Dinge wie Alkohol oder Zucker ebenfalls viel stärker versteuert werden.